HANSESTADT LÜNEBURG
DIE OBERBÜRGERMEISTERIN

Vorlage-Nr.
VO/10916/23

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Kamionka

Datum:
05.10.2023

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Theater Lüneburg" (Antrag der FDP- und der SPD-Fraktion sowie der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 04.10.2023, eingegangen am 05.10.2023, 11:20 Uhr) aktualisiert durch den gemeinsamen Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 24.10.2023

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungs-datum	Gremium
N	07.11.2023	Verwaltungsausschuss
Ö	08.11.2023	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:
s. gemeinsamer Antrag „Theater Lüneburg“ der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 24.10.2023

Beschlussvorschlag:
s. gemeinsamer Antrag „Theater Lüneburg“ der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 24.10.2023

Anlagen:
Gemeinsamer Antrag „Theater Lüneburg“ der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 24.10.2023, eingegangen am 24.10.2023

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

SPD Stadtratsfraktion – Auf dem Meere 14-15 – 21335 Lüneburg

Frau

Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch

Hansestadt Lüneburg

Am Ochsenmarkt 1

21335 Lüneburg

24. Oktober 2023

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU, FDP, Die PARTEI/DIE LINKE und SPD zur Sitzung des Rates am 08. November 2023

Sehr geehrte Frau Kalisch,

zur Ratssitzung am 08. November stellen wir den folgenden Antrag, der Rat möge beschließen:

1. Das Theater Lüneburg braucht Planungssicherheit für die aktuelle und die folgende Spielzeit. Die Gesellschafter Landkreis Lüneburg und Hansestadt Lüneburg sichern die Handlungsfähigkeit des Theaters durch geeignete Maßnahmen.

2. Die Fraktionen sprechen sich dafür aus, dass der Aufsichtsrat der Theater Lüneburg GmbH das Theater bzw. den designierten Intendanten Friedrich von Mansberg beauftragt, auf der Basis des Gutachtens von actori und der bekannten schwierigen finanziellen Situation des Theaters eine inhaltliche/künstlerische Neukonzeption mit den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Auswirkungen für die nächsten Jahre zu erstellen. Dabei sind weitere Akteure (Freundeskreis Theater, Volksbühne, Stadtgesellschaft sowie ggf. weitere) mit einzubeziehen. Die Ergebnisse sind dem Aufsichtsrat und den politischen Gremien vorzustellen. Erste Maßnahmen sollen bis Mitte 2024 vorgestellt werden, z. B. in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Partnerschaften (Stadtrat) und dem Ausschuss für Sport, Partnerschaft und Kultur (Kreistag).

3. Im Rahmen der anstehenden Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen über die Zielvereinbarung mit dem Theater für die folgenden drei bis fünf Jahre fordern Hansestadt und Landkreis Lüneburg mit Nachdruck eine Erhöhung des Sockelförderbetrages und die vollständige Übernahme des Landesanteils an den Tarifsteigerungen, letzteres auch rückwirkend.

Die Begründungen erfolgen mündlich.

• • •

Mit freundlichen Grüßen

Hiltrud Lotze Uwe Nehring Frank Soldan Marianne Esders

Burghard Heerbeck Andrea Kabasci

–

Stabstelle 05 Dezernat V- Bildung, Jugend, Soziales und Kultur **Daniela Krüger**	06.10.2023 Telefon: 309-3105

Stellungnahme zum Gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Die Partei/Die Linke und SPD zur Sitzung des Rates am 08.11.2023 zum Thema Theater Lüneburg

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Die Partei/Die Linke und SPD haben zur Sitzung des Rates am 08.11.2023 einen gemeinsamen Antrag zum Thema Theater Lüneburg
gestellt.

Der Rat möge folgendes beschließen:

1. Das Theater Lüneburg braucht Planungssicherheit für die aktuelle und die folgende Spielzeit. Die Gesellschafter Landkreis Lüneburg und Hansestadt Lüneburg sichern die Handlungsfähigkeit des Theaters durch geeignete Maßnahmen.
2. Die Fraktionen sprechen sich dafür aus, dass der Aufsichtsrat der Theater Lüneburg GmbH das Theater bzw. den designierten Intendanten Friedrich von Mansberg beauftragt, auf der Basis des Gutachtens von actori und der bekannten schwierigen finanziellen Situation des Theaters eine inhaltliche/künstlerische Neukonzeption mit den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Auswirkungen für die nächsten Jahre zu erstellen. Dabei sind weitere Akteure (Freundeskreis Theater, Volksbühne, Stadtgesellschaft sowie ggf. weitere) mit einzubeziehen. Die Ergebnisse sind dem Aufsichtsrat und den politischen Gremien vorzustellen. Erste Maßnahmen sollen bis Mitte 2024 vorgestellt werden, z. B. in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Partnerschaften (Stadtrat) und dem Ausschuss für Sport, Partnerschaft und Kultur (Kreistag).
3. Im Rahmen der anstehenden Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen über die Zielvereinbarung mit dem Theater für die folgenden drei bis fünf Jahre fordern Hansestadt und Landkreis Lüneburg mit Nachdruck eine Erhöhung des Sockelförderbetrages und die vollständige Übernahme des Landesanteils an den Tarifsteigerungen, letzteres auch rückwirkend.

<u>Stellungnahme:</u>

Punkt 1:
Der Landkreis Lüneburg ist aufgrund des Gesellschafteranteils von 74,9 % federführen zuständig. Aufgrund dessen sollten mögliche Maßnahmen eng mit dem Landkreis Lüneburg ermittelt und abgestimmt werden. Da es einen gleichlautenden Beschlussvorschlag auf Ebene des Landkreises gibt, sieht die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg die Federführung dort. Die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg wird diesbezüglich nach Beschlussfassung des Kreistags Gespräche mit dem Landkreis Lüneburg zum weiteren Vorgehen aufnehmen.

Punkt 2:
Seitens der Verwaltung wird diese Auftragserteilung an den designierten Intendanten Friedrich von Mansberg befürwortet. Die Verwaltung schlägt vor, die durch Herrn von Mansberg zu erarbeitende Neukonzeption zunächst im Aufsichtsrat der Theater Lüneburg GmbH zu besprechen und erst dann eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur und Partnerschaften (Stadtrat) und dem Ausschuss für Sport, Partnerschaft und Kultur (Kreistag) durchzuführen.

Punkt 3:
Die Hansestadt Lüneburg wird im möglichen Rahmen die beschriebene Forderung mit Nachdruck an das Land Niedersachsen gemeinsam mit dem Landkreis Lüneburg herantragen.

gez. Krüger